Satzung der European Pirate Party (PPEU)

PRÄAMBEL

Wir, die Unterzeichner,

in der Überzeugung, dass die Völker Europas, während sie stolz auf ihre eigene nationale Identität und Geschichte bleiben, entschlossen sind, ihre früheren Spaltungen zu überwinden und enger zusammen ein gemeinsames Schicksal zu schmieden,

Basierend auf den Deklarationen von Uppsala und Prag,

Anstrebt, als politische Partei auf EU-Ebene anerkannt zu werden,

Förderung der unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte des Menschen, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit.

Unterstützung der Entwicklung der Demokratie auf allen Ebenen und Gewährleistung von Transparenz für politische Prozesse und Entscheidungsfindung,

Fokussierung auf das langfristige Wohlergehen der europäischen Bürger statt des großen Geldes,

Ausgehend von dem Kampf für ein freies, offenes und partizipatives Internet als wahrhaft transnationale und internationale Bewegung,

Vereinigung der Kräfte der Piraten und Piratenparteien aus ganz Europa, um die europäische Politik gemeinsam zu beeinflussen, aber unter Achtung der Autonomie ihrer Mitglieder,

In der Hoffnung, zu Wohlstand und Frieden in ganz Europa beizutragen,

Vorbehaltlich der Ratifizierung der Mitgliedsparteien,

vereinbaren, einen internationalen gemeinnützigen Verein nach luxemburgischem Recht zu gründen und seine Satzung wie folgt festzulegen:

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Name

(1) Der offizielle Name des Vereins lautet "European Pirate Party" und "European Pirates", abgekürzt "PPEU" oder "PIRATES". Sowohl der vollständige als auch der abgekürzte Name können unterscheidbar verwendet werden.

(2) Eine Liste der offiziellen Übersetzungen des Vereinsnamens, die von den Mitgliedsparteien verwendet werden können, ist in Anhang A enthalten.

Artikel 2 - Sitz

- (1) Der Sitz der Europäischen Piratenpartei befindet sich in Luxemburg.
- (2) Der Vorstand kann den Sitz in Luxemburg beliebig verschieben.

Artikel 3 - Sprache

- (1) Im Falle von Meinungsverschiedenheiten oder Zweifeln zwischen diesen Statuten in der Originalversion in Englisch und jeder Version in einer anderen Sprache, gilt die englische Version.
 - (2) Englisch ist die Arbeitssprache des Vereins. Initiativen und Vorschläge können nur angenommen werden, wenn sie vor Beginn des Entscheidungsprozesses auf der Ebene des Verbandes ins Englische übersetzt wurden.
- Ziele und Ziele

Artikel 4 - Grundsätze

- (1) Die Vereinigung verfolgt internationale Ziele in Bezug auf die Grundsätze, auf denen die Europäische Union beruht, nämlich die Grundsätze der Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Demokratie, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und Achtung der Rechtsstaatlichkeit.
- (2) Der Verein arbeitet so transparent wie möglich in Bezug auf den Schutz personenbezogener Daten und das Recht auf Privatsphäre der beteiligten Personen.
- (3) Der Verein berücksichtigt die Meinungen der einzelnen Piraten, die Mitglieder einer der Mitgliedsparteien sind. Wichtige Entscheidungen müssen auf demokratischen Prinzipien für das Innenleben des Vereins beruhen.
- (4) Der Verein hält sich an alle Vorschriften, die notwendig sind, um als Vertragspartei auf europäischer Ebene anerkannt zu werden.
- (5) Die Mitglieder der Vereinigung verabschieden ein gemeinsames Piratenmanifest (Anhang C), das die Grundsätze und die Politik der Europäischen Piratenbewegung widerspiegelt.
- (6) Alle Entscheidungen in Bezug auf die Wahl und Haltung der PPEU-Mitgliedsparteien oder politischen Organisationen in ihren eigenen Ländern unterliegen ausschließlich der Souveränität der nationalen Parteien.
- (7) Der Verband kann alle Tätigkeiten ausüben und alle Aktivitäten (einschließlich Immobilientransaktionen) sowohl in Belgien als auch im Ausland durchführen, die seine Ziele direkt oder indirekt erhöhen oder fördern, unter der Bedingung, dass diese Aktivitäten den Grundsätzen dieser Organisation entsprechen In diesem Artikel. Der Verein führt keine gewerblichen oder kommerziellen Transaktionen durch und bemüht sich nicht, seinen Mitgliedern einen Gewinn zu verschaffen.

Artikel 5 - Ziele

(1) Zweck der Organisation ist es, die europäische Piratenbewegung gegenüber den europäischen Institutionen zu vertreten und im Interesse ihrer Mitglieder zu arbeiten, unter anderem durch:

- a) Erleichterung der Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen seinen Mitgliedern.
- b) Unterstützung seiner Mitglieder bei der Förderung der Piratenbewegung in Europa.
- c) Als Grundsätze das Piratermanifest anzunehmen, wie es den Statuten beigelegt wird.
- d) Funktion als Bindeglied zwischen europäischen Piratenparteien und Piratenabgeordneten.
- e) Ermutigung und Unterstützung seiner Mitglieder bei der Organisation von Veranstaltungen zu europäischen Themen.

Mitglieder

Artikel 6 - Mitgliedschaft

(1) Die Anzahl der Mitglieder ist unbegrenzt, darf jedoch nicht weniger als fünf ordentliche Mitglieder betragen. Alle Mitglieder, mit Ausnahme von natürlichen Personen, sind juristische Personen, die nach den Gesetzen und Gebräuchen ihres Herkunftslandes gegründet wurden. Besitzt ein Mitglied keine Rechtspersönlichkeit gemäß den Gesetzen und Gepflogenheiten seines Herkunftslandes, muss es eine natürliche Person ernennen, die im Namen und im Auftrag seiner Organisation und ihrer Mitglieder als gewöhnlicher Rechtsanwalt handelt. Im Falle eines Wechsels der Vertretung wird der Vorstand des Vereins unverzüglich schriftlich informiert.

(2) Es gibt zwei Kategorien von Mitgliedern: Ordentliche Mitglieder und Beobachter.

(3) In Anhang B dieser Satzung sind alle Mitgliedsparteien und Mitgliedsorganisationen aufgeführt. Ein Register aller Mitglieder wird am Sitz des Vereins aufbewahrt. Dieses Register enthält den Namen, den Vornamen, den Wohnort, das Datum und den Geburtsort der Mitglieder oder, im Fall von juristischen Personen oder faktischen Vereinigungen, den Namen, die Rechtsform, die Anschrift des eingetragenen Sitzes, die Identität des Vertreters und gegebenenfalls die Registrierungsnummer gemäß den geltenden Rechtsvorschriften und / oder Vorschriften. Die Liste wird jedes Jahr aktualisiert, indem die Änderungen der Mitgliedschaft namentlich in alphabetischer Reihenfolge aufgezeichnet werden. Jedes Mitglied des Verbandes kann die Mitgliederliste am Sitz des Vereins kostenlos einsehen.

(4) Innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Satzung ist bei der Geschäftsstelle des Zivilgerichts für den Ort, an dem der Verein ansässig ist, eine Liste mit Namen, Rechtsform, Anschrift des Sitzes, Identität des Vertreters zu hinterlegen und gegebenenfalls die Registrierungsnummer in Übereinstimmung mit den geltenden Gesetzen und / oder Vorschriften aller ordentlichen Mitglieder des Verbandes in alphabetischer Reihenfolge. Die Liste wird jedes Jahr aktualisiert, indem die Änderungen der Mitgliedschaft namentlich in alphabetischer Reihenfolge aufgezeichnet werden.

Artikel 7 - Ordentliche Mitglieder

(1) Als ordentliche Mitglieder gelten alle Parteien, die

- a) als politische Partei oder in anderer Form gegründet werden, wenn ihr Land oder Staat ihnen nicht erlaubt, in einem Land oder Staat der Europäischen Union ODER in einem Land oder Staat Partei zu sein (oder es ihnen sehr erschwert) welches Gebiet zumindest teilweise im geografischen Europa liegt, ohne Mitglied der Europäischen Union zu sein,
- b) keiner anderen Partei in diesem Land oder Staat untergeordnet sind,
- c) tragen Sie den Begriff "Pirat" oder irgendeine Übersetzung dieses Begriffs irgendwo in ihrem Parteinamen,
- d) beabsichtigen, an Wahlen zum Europäischen Parlament oder zu deren nationalem Parlament teilzunehmen,
- e) Aufrechterhaltung einer demokratischen politischen Basis und einer demokratischen internen Struktur,
- f) sind politisch aktiv,
- g) akzeptieren und befolgen Sie die Bestimmungen dieser Statuten und Anordnungen ihrer Organe und
- h) Akzeptieren Sie das Piratenmanifest.

(2) Sie haben folgende Verpflichtungen:

- a) alle Bestimmungen der Statuten des Vereins und alle Anordnungen der Organe des Vereins einzuhalten,
- b) jegliche Handlungen zu unterlassen, die dem Verein schaden könnten oder den Zielen und Grundsätzen des Verbandes zuwiderlaufen oder gegen die im Pirater Manifest festgelegten Richtlinien verstoßen oder den Verein auf andere Weise schädigen,
- c) regelmäßig an den Ratssitzungen des Verbandes teilzunehmen,
- d) an den politischen Diskussionen und Entscheidungen des Vereins teilzunehmen,
- e) politisch aktiv zu bleiben und an Wahlen teilzunehmen,
- f) ihre Jahresabschlüsse und Wahlergebnisse an die Vereinigung oder einen Link zu ihnen zu senden, wenn sie für jedermann online zugänglich sind,
- g) ihre Finanzorganisation transparent und nachvollziehbar zu führen,
- h) ihre vorgesehene Gebühr als ordentliche Mitglieder rechtzeitig zu zahlen und
- i) dem Verband jährlich über Entwicklungen in der Partei und Politik zu berichten.

(3) Sie haben die folgenden Rechte:

- a) in jeder Angelegenheit im Rat zu stimmen,
- b) sich an den politischen Diskussionen zu beteiligen und auf Ratstagungen zu sprechen,
- c) an der Entwicklung der politischen Agenda teilzunehmen,
- d) am Entscheidungsprozess teilzunehmen,
- e) Zugang zu allen nichtvertraulichen Dokumenten des Verbandes,
- f) Entschließungen und Änderungsanträge einzureichen und andere Punkte auf die Tagesordnung der Ratstagungen zu setzen,
- g) an gemeinsamen Kampagnen teilzunehmen,
- h) Delegierte zu ernennen und Kandidaten für den Vorstand vorzuschlagen
- i) Zugang zum Logo des Vereins und anderen Repräsentationsmitteln zu haben.

Artikel 8 - Beobachtermitglieder

(1) Förderfähig als Beobachtermitglieder sind

a) alle Parteien, die

(i) als politische Partei oder in einer anderen Form gegründet werden, wenn ihre Region, ihr Land oder Staat ihnen nicht erlaubt, eine Partei zu werden (oder es ihnen sehr schwer macht), in einer Region, einem Land oder Staat mindestens Teil des geografischen Europa,

(ii) einer anderen ordentlichen Mitgliedspartei oder einer solchen Mitgliedspartei unterstellt sind,

(iii) den Begriff "Pirat" oder irgendeine Übersetzung dieses Begriffs irgendwo in ihrem Partei- oder Organisationsnamen tragen,

(iv) beabsichtigen, an Wahlen in ihrer Region, ihrem Land oder Staat teilzunehmen, wenn dies rechtlich möglich und möglich ist,

(v) Aufrechterhaltung einer demokratischen politischen Basis und einer demokratischen internen Struktur,

(vi) sind politisch aktiv,

(vii) akzeptieren und beabsichtigen, die Bestimmungen dieser Statuten und Anordnungen ihrer Organe zu befolgen und

(viii) Akzeptieren Sie das Piratenmanifest.

b) alle Parteien, die

(i) als politische Partei oder in einer anderen Form gegründet werden, wenn ihre Region, ihr Land oder Staat ihnen nicht erlaubt, in einer Region, einem Land oder einem Staat außerhalb des geographischen Europas Partei zu sein (oder es ihnen sehr erschwert) ,

(ii) keiner anderen Partei oder Organisation untergeordnet sind,

(iii) den Begriff "Pirat" oder irgendeine Übersetzung dieses Begriffs irgendwo in ihrem Partei- oder Organisationsnamen tragen,

(iv) beabsichtigen, an Wahlen in ihrer Region, ihrem Land oder Staat teilzunehmen, wenn dies rechtlich möglich und möglich ist,

(v) Aufrechterhaltung einer demokratischen politischen Basis und einer demokratischen internen Struktur,

(vi) sind politisch aktiv,

(vii) akzeptieren und beabsichtigen, die Bestimmungen dieser Statuten und Anordnungen ihrer Organe zu befolgen und

(viii) streben nach ähnlichen politischen Zielen wie die Vereinigung.

c) Alle Organisationen, die

(i) Tragen Sie den Begriff "Pirat" oder eine Übersetzung dieses Begriffs irgendwo in ihrem Organisationsnamen,

(ii) Aufrechterhaltung einer demokratischen politischen Basis und einer demokratischen internen Struktur,

(iii) sind politisch aktiv,

(iv) die Bestimmungen dieser Statuten und Anordnungen ihrer Organe zu akzeptieren und zu befolgen beabsichtigen und

(v) streben nach ähnlichen politischen Zielen wie der Verband und sind eng damit verbunden.

d) Die Piratengruppe im Europäischen Parlament und die Europäische Piratenjugendorganisation und jeder Piratenabgeordnete des Europäischen Parlaments

(2) Die Piratengruppe im Europäischen Parlament und die Europäische Piratenjugendorganisation werden wie ein Ordentliches Mitglied hinsichtlich ihrer Rechte und wie ein Beobachter hinsichtlich ihrer Verpflichtungen behandelt.

(3) Jedes Piratenmitglied des Europäischen Parlaments kann auch Beobachter werden, wenn es dazu berechtigt ist.

(4) Sie haben folgende Verpflichtungen:

- a) alle Bestimmungen der Statuten des Vereins und alle Anordnungen der Organe des Vereins einzuhalten,
- b) jegliche Handlungen zu unterlassen, die dem Verein schaden könnten oder den Zielen und Grundsätzen des Verbandes zuwiderlaufen oder gegen die im Pirater Manifest festgelegten Richtlinien verstoßen oder den Verein auf andere Weise schädigen,
- c) politisch aktiv zu bleiben und möglichst an Wahlen teilzunehmen,
- d) ihre Jahresabschlüsse und Wahlergebnisse an die Vereinigung oder einen Link zu ihnen zu senden, wenn sie für jedermann online zugänglich sind,
- e) ihre Finanzorganisation transparent und nachvollziehbar zu führen und
- f) dem Verband jährlich über die Entwicklung der Partei / Organisation und Politik zu berichten.

(5) Sie haben die folgenden Rechte:

- a) sich an den politischen Diskussionen zu beteiligen und auf Ratstagungen zu sprechen,
- b) an der Entwicklung der politischen Agenda teilzunehmen,
- c) am Entscheidungsprozess teilzunehmen,
- d) Zugang zu allen nichtvertraulichen Dokumenten des Verbandes,
- e) an gemeinsamen Kampagnen und Veranstaltungen teilzunehmen und
- f) Zugang zum Logo des Vereins und anderen Repräsentationsgeräten zu haben.

(6) Eine Partei, die zum ordentlichen Mitglied berechtigt ist, kann beschließen, nur den Status eines Beobachtermitglieds zu beantragen. Sie kann jederzeit den Ordentlichen Status beantragen, wenn sie die erforderlichen Bedingungen erfüllt. Das Verfahren ist detailliert unter Art. 10 (Verfahren für die Aufnahme neuer Mitglieder) und muss wiederholt werden, um den Mitgliedsstatus zu ändern.

Artikel 9 - Freigehalten

Artikel 10 - Verfahren für die Aufnahme neuer Mitglieder

(1) Um sich als Mitglied der Vereinigung zu bewerben, muss jede angehende Partei, Organisation oder Einzelperson einen Antrag an den Vorstand der Vereinigung an die Adresse des offiziellen Sitzes senden. Eine E-Mail genügt.

(2) Die Mitgliedschaft wird gewährt, wenn der Rat es mit Zweidrittelmehrheit beschließt. Der Rat begründet die Annahme oder Ablehnung von Anträgen. Sobald die Entscheidung des Rates gültig ist und das neue Mitglied seinen Mitgliedsbeitrag bezahlt hat, kann es alle seine Rechte ausüben und ist

an alle Verpflichtungen seiner Mitgliedschaft gebunden.

Artikel 11 - Namensänderung und Zusammenschlüsse

(1) Ein Mitglied, das seinen Namen ändert oder sich mit einer anderen politischen Partei / Organisation zusammenschließt, muss den Vorstand informieren.

(2) Der Vorstand beurteilt den Grad der Kontinuität der neuen Partei / Organisation mit dem Verbandsmitglied und entscheidet über die Bestätigung des Mitgliedsstatus. Dieser Beschluss wird vom Rat bestätigt. Beide Entscheidungen erfordern eine Zweidrittelmehrheit.

(3) Im Falle der Bestätigung der Kontinuität des Mitgliedsstatus; das Mitglied gilt als angenommen, dass es die Entscheidungen des Verbandes akzeptiert hat, die für das ehemalige Mitglied gelten, und ist verantwortlich für alle seine Verpflichtungen gegenüber dem Verein, einschließlich der finanziellen.

(4) Im Falle einer Nichtbestätigung begründet der Rat die Entscheidung und die neue Partei / Organisation kann einen neuen Antrag auf Mitgliedschaft stellen.

Artikel 12 - Rücktritt, Ausschluss, Aussetzung, Verlust der Mitgliedschaft und Tod / Auflösung / Konkurs

(1) Jedes Mitglied kann unabhängig von seiner Identität jederzeit aus dem Verein austreten. Der Rücktritt muss dem Vorstand per Einschreiben von einer ordnungsgemäß beauftragten Person an den Sitz des Vereins mitgeteilt werden. Der Rücktritt kommt sofort oder wie im Rücktrittsschreiben angegeben, zustande, der Austritt des Mitglieds bleibt jedoch bis zum Ende des Geschäftsjahres, in dem der Rücktritt wirksam wurde, an alle mit dem Verein bestehenden Verbindlichkeiten gebunden.

(2) Wenn eine neue ordentliche Mitgliedspartei einer bestehenden ordentlichen Mitgliedspartei übergeordnet ist, wird die untergeordnete Partei automatisch eine Beobachtermitgliedspartei.

(3) Jedes Mitglied kann vom Rat auch aus mindestens einem der folgenden Gründe suspendiert oder ausgeschlossen werden:

- a) Nichteinhaltung seiner Verpflichtungen,
- b) Nichteinhaltung der Kriterien für die Mitgliedschaft.

(4) Ein suspendiertes Mitglied ist verpflichtet, seine finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Verein einzuhalten. Das suspendierte Mitglied kann an den Sitzungen des Vereins teilnehmen, jedoch ohne Stimmrecht. Ein suspendiertes Mitglied kann seine Mitgliedschaft wiedererlangen, wenn es seinen Verpflichtungen und den Kriterien für die Mitgliedschaft nachkommt. Eine solche Einhaltung muss dem Vorstand offiziell mitgeteilt werden, der dann dem Rat empfehlen kann, die Aussetzung aufzuheben.

(5) Über den Ausschluss eines Mitglieds entscheidet ebenfalls der Rat. Der Ausschluss tritt

unmittelbar nach dem Beschluss des Rates in Kraft, aber das ausgeschlossene Mitglied bleibt bis zum Ende des Geschäftsjahres, in dem der Ausschluss wirksam wurde, an alle mit dem Verband geschlossenen Schulden gebunden.

(6) Ein Vorschlag für die Aussetzung oder den Ausschluss eines Mitglieds kann von jedem ordentlichen Mitglied oder Vorstand eingereicht werden, jedoch nicht mehr als einmal aus denselben Gründen. Alle Entscheidungen über die Suspendierung und den Ausschluss eines Mitglieds werden mit einer Dreiviertelmehrheit getroffen. Die betroffenen Mitglieder dürfen über eine solche Entscheidung nicht abstimmen. Die Namen der betroffenen Parteien, Organisationen oder Personen, über deren Suspendierung oder Ausschluss der Rat abstimmt, und die Gründe, auf denen die vorgeschlagene Aussetzung oder der Ausschluss beruht, werden in der Tagesordnung der Sitzung genannt und mit der Einladung an alle Ratsmitglieder versandt die nächste Ratstagung. Ist dies nicht geschehen, können die nicht anwesenden Ratsmitglieder nach der Ratssitzung über die Aussetzungen und Ausschlüsse abstimmen. Das betroffene Mitglied hat die Möglichkeit, während der Ratstagung seinen Standpunkt zu vertreten und eine Erklärung abzugeben, die zusammen mit dem Protokoll der Ratstagung veröffentlicht wird. Die Aussetzungsentscheidung legt die Gründe für die Aussetzung oder den Ausschluss fest, doch muss die Entscheidung nicht begründet werden, sondern muss begründet werden. Eine Kopie des Schreibens ist innerhalb von 15 Kalendertagen per Einschreiben an das ausgeschlossene Mitglied zu senden.

(7) Die Mitgliedschaft eines Mitglieds erlischt automatisch bei Tod, Auflösung, Ausschluss, Liquidation oder bei vorübergehender Verwaltung, gerichtlicher Beilegung oder Insolvenz.

(8) Ausgeschiedene, verstorbene / aufgelöste / bankrotte oder ausgeschlossene Mitglieder sowie deren Rechtsnachfolger oder Anspruchsberechtigte haben keinen Anspruch auf das Vermögen des Vereins.

(9) Sie können keine Rückerstattung oder Rückerstattung von gezahlten Abonnements oder geleisteten Zahlungen verlangen.

(10) Sie dürfen keine Berichte, Kontoauszüge, Siegel oder Inventar anfordern oder beanspruchen.

Artikel 13 - Mitgliedsbeiträge

(1) Für die Mitglieder des Ordinate-Mitglieds wird eine Gebühr erhoben. Der Betrag wird jährlich vom Rat auf Vorschlag des vom Schatzmeister vertretenen Ausschusses festgesetzt. Der Schatzmeister wird mit allen Schatzmeistern der Ordentlichen Mitglieder zusammentreffen, um die Verpflichtungen der Mitgliedsparteien bezüglich der Jahresgebühr im Vorfeld der ersten Ratstagung des Jahres zu besprechen. Die Ordentlichen Mitglieder müssen dem Schatzmeister vor dem Treffen eine Kopie ihres letzten Jahreskontos aushändigen. Wenn keine Einigung erzielt werden kann, zahlen die Mitgliedsparteien die gleiche Gebühr wie letztes Jahr. Mitgliedsbeiträge sind in Euro festgelegt; sie sind ohne Abzug der anfallenden Kosten zu zahlen.

(2) Die jährlichen Mitgliedsbeiträge der ordentlichen Mitglieder des Vereins bestehen aus einer Grundgebühr und einem zusätzlichen Teil aufgrund eines Beschlusses des Rates.

(3) Der Mitgliedsbeitrag wird mit der Anzahl der zusätzlichen und zusätzlichen Stimmen jedes ordentlichen Mitglieds multipliziert.

(4) Nach den in Art. 24 (Übergangsklausel) erfüllt sind, wird der Verein eine neue Entscheidung über die Einzelheiten der Festlegung der Mitgliedsbeiträge treffen.

(5) Beobachtermitglieder müssen keine Gebühr zahlen. Alle Mitglieder können weiter beitragen, indem sie dem Verein Spenden geben.

(6) Mitglieder, die ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen, verlieren alle Stimm- und Sprechrechte innerhalb der Organe und Organe des Verbandes sowie ihr Recht, Kandidaten für Positionen innerhalb des Verbandes vorzuschlagen, bis sie ihre Rückstände beglichen haben. Eine Liste mit den aktuellen Mitgliedschaftsgebühren wird bei jeder Ratssitzung vom Schatzmeister verteilt.

(7) Die Mitglieder müssen ihren jährlichen Beitrag zwischen dem 1. Januar und dem Datum der jährlichen Ratstagung entrichten. Auf Antrag der betreffenden Mitgliedspartei kann der Rat ihnen unter besonderen Umständen mit einer 2/3-Mehrheit der abgegebenen Stimmen gestatten, ihren jährlichen Beitrag um bis zu einem Jahr zu verschieben oder sie von der Zahlung oder einem Teil davon zu entlasten. Die betreffende Mitgliedspartei darf nicht über eine solche Entscheidung abstimmen.

(8) Hat eine Mitgliedspartei ihren fälligen Mitgliedsbeitrag für zwei aufeinanderfolgende Jahre bis zur ersten Ratssitzung des zweiten Jahres nicht bezahlt, so gilt sie als durch Austritt automatisch aus dem Verein ausgeschieden.

Organe

Rat

Artikel 14 - Zusammensetzung und Befugnisse des Rates

(1) Der Rat ist das oberste Entscheidungsorgan der Vereinigung.

(2) Ratssitzungen sind in der Regel für die Öffentlichkeit zugänglich, es sei denn, der Rat entscheidet selbst ganz oder teilweise über sein Vorgehen. Dies ist die Ausnahme und kann nur aus Gründen des Schutzes der Daten einer Person oder für ähnliche Anliegen entschieden werden.

(3) Der Rat besteht aus den Delegierten, die die Ordentlichen Mitglieder vertreten, der Piratengruppe im Europäischen Parlament und den Jungpiraten Europas (YPE), die gemäß den Regeln für die Verteilung der Delegierten und der Stimmen gemäß Artikel 15 bestimmt sind. Vertreter von Observer-Mitgliedern und Non-Voting-Delegaten von Ordentlichen Mitgliedern sowie Mitglieder des Vorstands können ebenfalls teilnehmen.

(4) Der Rat:

a) koordiniert Initiativen und Aktivitäten im Einklang mit dem Manifest des Verbandes und der vereinbarten gemeinsamen Politik und den Statuten der Vereinigung;

b) ist verantwortlich für die politische Agenda des Verbandes und verabschiedet Grundsatzpapiere und Entschlüsse;

c) wählt und erinnert den Vorstand und andere Vertreter des Vereins, wenn in diesen Statuten festgelegt;

d) entscheidet über Aufnahme, Aussetzung und Ausschluss von Ordentlichen und Beobachtern;

e) berät die Piratengruppe im Europäischen Parlament über ihre Entscheidungen über die Aufnahme von Mitgliedern des Europäischen Parlaments, die nicht Mitglied eines Verbandes sind, nach Rücksprache mit der betreffenden nationalen Piratenpartei;

f) unterstützt und bewertet die Aktivitäten des Vorstands;

g) genehmigt das Budget, Berichte und Konten

h) verabschiedet und ändert die Satzung der Vereinigung;

i) erlässt eine Geschäftsordnung

j) entscheidet über alle anderen Themen, die dem Rat in den Statuten zugewiesen sind

k) genehmigt alle anderen grundlegenden Entscheidungen des Vereins

(5) Der Rat kann beschließen, die Vereinigung aufzulösen oder die Satzung nur in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des luxemburgischen Gesetzes vom 21. April 1928 über gemeinnützige Vereine (ASBL) und Stiftungen in der geänderten Fassung zu ändern.

(6) Auf Vorschlag von einem Drittel der ordentlichen Mitglieder kann ein Mitglied des Ausschusses vom Rat mit einer Zweidrittelmehrheit der Stimmen, die nach einer Aussprache im Rat abgegeben wurden, suspendiert oder entlassen werden, wenn das Mitglied die angemessene Gelegenheit erhält, sie zu präsentieren /sein Fall.

(7) Der Rat tritt mindestens einmal im Kalenderjahr zusammen, häufiger auf Antrag von mindestens einem Viertel der ordentlichen Mitglieder oder durch Beschluss des Vorstands. Meeting kann persönlich oder online sein. Wenn die Ratssitzung persönlich stattfindet, ist die Fernbeteiligung nicht anwesender Mitglieder möglich. Der Vorstand wird die Treffen vorbereiten und alle Mitglieder mindestens einen Monat vor dem Datum der Ratssitzung per E-Mail einladen. In dringenden Fällen kann diese Zeit auf eine angemessene Länge verkürzt werden. Die Einladung zur Ratstagung muss Datum, Uhrzeit, Ort und den Entwurf der Tagesordnung der Sitzung enthalten. Ein Link zu einer Website mit der Tagesordnung in der Einladung ist ausreichend und notwendig.

(8) In den Fällen der Artikel 6 und 8 des luxemburgischen Gesetzes vom 21. April 1928 über gemeinnützige Vereine (ASBL) und Stiftungen in der geänderten Fassung kann die Versammlung zu Recht Gegenstände erwägen, die nicht auf der Tagesordnung stehen, sofern Alle Mitglieder des Rates sind anwesend und / oder vertreten und stimmen in der Sitzung mit einfacher Mehrheit aller stimmberechtigten ordentlichen Mitglieder überein.

(9) Gegenvorschläge, die in direktem Zusammenhang mit den Tagesordnungspunkten stehen, werden auf der Website mit der Tagesordnung veröffentlicht und allen Mitgliedern vorzugsweise eine Woche vor der Sitzung per E-Mail zugesandt. Die Sitzung kann jedoch auch bis zur Abstimmung abgegebene Vorschläge annehmen mit einfacher Mehrheit aller stimmberechtigten ordentlichen Mitglieder. Wenn sie eine Woche vor dem Treffen abgegeben wurden, werden sie automatisch zugelassen.

(10) Protokolle aller Ratstagungen werden spätestens sechs Wochen nach einer Ratssitzung auf einer entsprechenden Website der Vereinigung veröffentlicht. Das Protokoll enthält alle Beschlüsse des Rates und die Stimmen jedes ordentlichen Mitglieds, der Piratengruppe im Europäischen Parlament und der Jungen Piraten Europas (YPE).

Artikel 15 - Zuweisung von Stimmen und Delegierten

(1) Jedes ordentliche Mitglied hat mindestens eine Stimme.

(2) Das ordentliche Mitglied hat Anspruch auf eine weitere Stimme für jede der folgenden bei den letzten nationalen oder europäischen Wahlen erreichten Schwellenwerte: 150.000 Stimmen; 400.000 Stimmen; 800.000 Stimmen; 1.200.000 Stimmen; 1.600.000 Stimmen; 2.000.000 Stimmen und jede weitere Million Stimmen. Das ordentliche Mitglied hat Anspruch auf eine Zusatzabstimmung für jede der folgenden bei den letzten nationalen oder europäischen Wahlen erreichten Schwellenwerte: 4%, 8%, 12%, 16% und 20%.

(3) Jedes ordentliche Mitglied hat eine Mindestberechtigung von zwei Delegierten.

(4) Ordentliche Mitglieder haben Anspruch auf 2 zusätzliche Delegierte, wenn ihre Gesamtzahl 4 oder mehr Stimmen beträgt, oder auf 4 zusätzliche Delegierte, wenn ihre Gesamtzahl 8 oder mehr Stimmen beträgt.

(5) Für die souveränen Staaten mit mehr als einem ordentlichen Mitglied der Europäischen Piratenpartei gelten die Regeln der §§ 1 und 2 wie folgt:

a) Wahlergebnisse für regionale Parlamente werden nicht für das Zuweisungssystem in der Europäischen Piratenpartei verwendet.

b) Die zusätzlichen Stimmrechte, die auf absoluten Stimmzahlen gemäß Absatz 1 beruhen, gelten für jedes ordentliche Mitglied.

c) Für die zusätzlichen Stimmrechte, die auf nationalen und europäischen Wahlergebnissen basieren, wird das folgende System verwendet, um die Bestimmungen von § 1 und § 2 umzusetzen:

i) Das höchste nationale oder europäische Wahlergebnis beider Mitglieder wird zusammen berechnet und dieser Betrag wird für das Zuweisungssystem verwendet. Die zusätzlichen Stimmrechte werden an das Ordentliche Mitglied mit dem höchsten% Wahlergebnis verteilt.

ii) Im Fall von gewöhnlichen Mitgliedern, die regionale Parteien sind, werden diese zusätzlichen Stimmrechte proportional auf diese Mitglieder aufgeteilt, basierend auf den höchsten% Wahlergebnissen, die diese Mitglieder in dem Gebiet haben, in dem sie jeweils tätig sind.

(6) Wenn Ordentliche Mitglieder an einem Wahlbündnis oder einer Koalition teilnehmen, werden ihre Stimmen im Verhältnis zu den Pirate-Stimmen in den Gesamtstimmen der Allianz / Koalition basierend auf den jeweils von der Allianz und dem Ordentlichen Mitglied erzielten Sitzen berechnet.

(7) Anpassungen der Zahl der Delegierten und der Stimmen sind unmittelbar nach den Wahlen vorzunehmen, deren Ergebnisse sie ändern.

(8) Das höchste Ergebnis der letzten nationalen oder europäischen Wahlen wird zur Berechnung der

Anzahl der Stimmen und Delegierten verwendet.

(9) Zusätzlich zu den Ordentlichen Mitgliedern haben die Piratengruppe im Europäischen Parlament und die YPE das Recht auf vier Delegierte und jeweils zwei Stimmen.

(10) Jedes ordentliche Mitglied kann sich auch entscheiden, das niedrigere Ergebnis für die Zuteilung von Stimmen und Delegierten zu verwenden. Jedes ordentliche Mitglied kann auch bewusst auf zusätzliche oder zusätzliche Stimmen verzichten, wodurch auch der Mitgliedsbeitrag gesenkt wird.

Vorstand

Artikel 16 - Zusammensetzung und Befugnisse des Vorstands

(1) Der Vorstand besteht aus einem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, einem Schatzmeister und bis zu fünf Vorstandsmitgliedern.

(2) Der Vorstand ist verantwortlich für die ständige politische Vertretung der Europäischen Piratenpartei, die Ausführung der Beschlüsse des Rates und die Aktivitäten des Büros der Europäischen Piratenpartei.

(3) Es ist berechtigt, politische Erklärungen im Namen der Europäischen Piratenpartei auf der Grundlage der Beschlüsse des Rates und der politischen Agenda der Europäischen Piratenpartei abzugeben und ist dem Rat gegenüber politisch verantwortlich.

(4) Der Vorstand ist verantwortlich für die Verwaltung der Europäischen Piratenpartei innerhalb des Haushaltsplans und die vom Rat genehmigten Richtlinien. Sie erstattet dem Rat jährlich Bericht über die Tätigkeit des Vorstands und seiner Mitglieder. Dieser Bericht enthält auch alle politischen und organisatorischen Entwicklungen und Politiken der Europäischen Piratenpartei.

(5) Sie gewährleistet die Kommunikation und Koordinierung zwischen den Mitgliedern der Europäischen Piratenpartei und den anderen europäischen Partnern und fördert die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene sowie die Zusammenarbeit zwischen den Parteien.

(6) Der Vorstand ist für die Organisation und Einberufung der Vorstands- und Ratstagungen sowie für die Erstellung und Veröffentlichung der Protokolle dieser Sitzungen verantwortlich.

(7) Der Vorstand kann Resolutionen und Änderungsanträge einbringen sowie andere Punkte auf die Tagesordnung der Ratstagungen setzen.

(8) Die Geschäftsordnung kann vom Vorstand erlassen werden, um das Verfahren und die Aufgaben seiner Mitglieder zu regeln. Wenn die Geschäftsordnung angenommen wird, sind sie an alle Mitglieder zu senden. Wenn die Geschäftsordnung des Vorstandes mit der Satzung in Konflikt steht, haben die Statuten Vorrang.

(9) Für bestimmte Handlungen und Aufgaben oder alltägliche Managementaufgaben kann der Vorstand seine Befugnisse auf ein oder mehrere Vorstandsmitglieder oder auf eine andere Person übertragen, die Mitglied des Vereins sein kann oder nicht. Der Vorstand wird die Befugnis eines

besonderen Delegierten haben. Die Befugnisse dieser Person (en) werden vom Vorstand genau festgelegt; Der Vorstand kann diese Befugnisse jederzeit mit sofortiger Wirkung widerrufen.

Artikel 17 - Wahl der Vorstandsmitglieder

(1) Jeder Kandidat muss von einem ordentlichen Mitglied ernannt werden.

(2) In allen Nominierungen muss die Stelle angegeben werden, für die der Kandidat vorgeschlagen wird (d. H. Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender, Schatzmeister oder Vorstandsmitglied ohne besondere Funktion). Jedes ordentliche Mitglied kann mehrere Kandidaten nominieren und unterstützen.

(3) Alle Nominierungen müssen mindestens einen Monat vor der Versammlung, an der die Wahl stattfindet, vorgenommen werden.

(4) Über alle Stellen wird gesondert abgestimmt, wenn jedoch mehr als eine Person für eine bestimmte Position gewählt werden soll (z. B. zwei stellvertretende Vorsitzende und Mitglieder des Vorstands ohne besondere Funktion), kann die Wahl in einer Wahlrunde erfolgen .

(5) Wenn nur ein Kandidat gewählt werden soll, ist der Kandidat, der in der ersten Runde mehr als 50% der abgegebenen Stimmen und die meisten Stimmen erhält, die gewählte Person. Sollte kein Kandidat mehr als 50% der Stimmen für die erste Runde erhalten, wird eine zweite Runde zwischen den beiden Kandidaten mit den höchsten Punktzahlen stattfinden. Der Kandidat, der in der zweiten Runde mehr als 50% der abgegebenen Stimmen und die meisten Stimmen erhält, wird gewählt.

(6) Wenn mehrere Kandidaten gewählt werden sollen, werden die Kandidaten gewählt, die mehr als 50% der abgegebenen Stimmen in der Reihenfolge des höchsten Ergebnisses bis zur niedrigsten erhalten, bis alle Positionen besetzt sind. Wenn nicht genug Kandidaten 50% der abgegebenen Stimmen erreicht haben, wird ein zweiter Wahlgang stattfinden. In der zweiten Runde sind nur die Kandidaten wählbar, die die meisten Stimmen erhalten haben. Die Anzahl der Bewerber muss doppelt so hoch sein wie die Anzahl der noch zu besetzenden Stellen. Die Kandidaten, die mehr als 50% der abgegebenen Stimmen in der Reihenfolge des höchsten Ergebnisses erhalten, werden in der zweiten Runde gewählt, bis alle Positionen besetzt sind.

(7) Der Rat kann zusätzliche Wahlgänge und die Aufnahme neuer Kandidaten beschließen, wenn eine Position nicht besetzt werden kann.

(8) Die Methode der Abstimmung wird die Zustimmung sein, was bedeutet, dass jeder Wähler eine Stimme pro Kandidat haben kann.

(9) Die Reihenfolge der Abstimmung:

Vorsitzender; Stellvertretende Vorsitzende; Schatzmeister; weitere Vorstandsmitglieder

(10) Wenn ein Kandidat als Vorstandsmitglied gewählt wird und dieser zustimmt, verliert er automatisch jedes Mandat als Delegierter im Rat nach Ablauf der Ratstagung. Sie können eine neue

Delegation nicht annehmen, solange sie noch im Amt ist.

(11) Die Wahl des Vorstandes muss auf der ersten Ratstagung des Jahres erfolgen.

(12) Im Falle des Rücktritts oder der Abberufung eines Vorstandsmitglieds findet auf der nächsten Ordentlichen Ratstagung eine Wahl zur Ersatzmitgliedschaft statt. Die gewählte Person bleibt für den Zeitraum, der mit dem Ende der Amtszeit aller anderen Vorstandsmitglieder zusammenfällt, im Amt.

(13) Der Vorstand muss vollständig neu gewählt werden, wenn die Anzahl der aktiven Vorstandsmitglieder unter vier fällt. Der Rat kann mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheiden, dass ein Vorstandsmitglied nicht tätig ist. Die verbleibenden aktiven Verwaltungsratsmitglieder müssen eine Einladung zu einer außerordentlichen Ratssitzung einreichen. Wenn keine aktiven Verwaltungsratsmitglieder übrig sind, kann jedes ordentliche Mitglied eine Einladung zu einer außerordentlichen Ratstagung, die von mindestens einem ihrer offiziellen Delegierten durchgeführt wird, herausgeben. Die außerordentliche Ratssitzung soll nur zusammentreten, um einen neuen Vorstand zu wählen. Über andere Themen darf nicht entschieden werden. Abgesehen von einer angemessen verkürzten Zeit zwischen der Einladung und dem Datum der Ratstagung gelten alle anderen Regeln für die ordentlichen Ratstagungen.

Artikel 18 - Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende

(1) Der Vorsitzende vertritt den Verein gegenüber der Öffentlichkeit. Der Vorsitzende sorgt dafür, dass der Vorstand in regelmäßigen Abständen zusammentritt.

(2) Die stellvertretenden Vorsitzenden unterstützen den Vorsitzenden bei seinen Aufgaben und erfüllen die Pflichten und Aufgaben des Vorsitzenden in Abwesenheit, wenn der Vorsitzende die Erfüllung seiner Pflichten und Aufgaben behindert oder wenn der Vorstand eine Aufgabe oder Verpflichtung an sie delegiert.

Artikel 19 - Schatzmeister

(1) Das Hauptaugenmerk dieser Funktion liegt auf der Überwachung des Haushalts und der Rechnungsführung sowie auf der finanziellen Kontrolle. Alle Zahlungen werden vom Schatzmeister oder von der bevollmächtigten Person geleistet.

(2) Der Schatzmeister wird rechtliche Wege zur Erweiterung der finanziellen Mittel des Vereins einleiten.

(3) Der Schatzmeister und in seiner Abwesenheit ist der Vorsitzende ermächtigt, die an den Verein geleisteten Geschenke entweder vorläufig oder endgültig anzunehmen und alle Formalitäten zu erledigen, die für den Erwerb notwendig sind.

(4) Der Schatzmeister wird Finanzprotokolle initiieren, überwachen und veröffentlichen, um Offenheit und Transparenz zu gewährleisten. Der Schatzmeister erstattet dem Rat alle drei Monate Bericht.

(5) Der Schatzmeister ist für die Buchhaltungsanforderungen und die Kontrolle der Spenden gemäß den Artikeln 6 bis 10 der Verordnung (EG) Nr. 2004/2003 und anderen einschlägigen Rechtsvorschriften verantwortlich.

(6) Der Schatzmeister ist für den Zuschussantrag an das Europäische Parlament und die Umsetzung und Ausführung der Finanzvorschriften verantwortlich.

Artikel 20 - Vertretung

(1) Der Vorstand vertritt den Verein in allen gerichtlichen und außergerichtlichen Handlungen. Vertreten durch den Vorsitzenden oder die Person, die sie vertritt, handelt er als Kläger oder Beklagter in allen gerichtlichen Verfahren und entscheidet, ob Regressansprüche geltend gemacht werden oder nicht. Der Vorstand kann einen Rechtsanwalt bestellen und ist gesetzlich an die Handlungen einer solchen Person im Rahmen ihrer Vollmacht gebunden.

(2) Der Vorsitzende, der stellvertretende Vorsitzende, der Schatzmeister und jede vom Vorstand so bestimmte Person sind einzeln befugt, den Verband rechtlich zu vertreten und Verträge im Namen des Vereins zu unterzeichnen.

Finanzen

Artikel 21 - Finanzielle Rückstellungen

(1) Das Geschäftsjahr des Vereins läuft vom 1. Januar bis zum 31. Dezember desselben Jahres.

(2) Am Ende eines jeden Haushaltsjahres legt der Ausschuss den Jahresabschluss für das abgelaufene Haushaltsjahr und den Haushaltsplan für das nächste Jahr in der gesetzlich vorgesehenen Weise fest und legt sie jährlich dem Rat zur Billigung vor.

(3) Nach Billigung des Jahresabschlusses und des Haushaltsplans stimmt der Rat über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands gesondert ab.

(5) Mindestens zwei Wochen vor der jährlichen Ratstagung werden die Konten und das Budget den Mitgliedern des Rates mitgeteilt, die dann verlangen können, die Dokumente, auf denen diese Konten und Haushaltspläne basieren, ohne Entfernung zu besichtigen.

(6) Ein Überschuss wird dem Vermögen des Verbandes hinzugefügt und darf unter keinen Umständen als Dividende oder in anderer Weise an die Mitglieder ausgezahlt werden.

(7) Der Vorstand stellt sicher, dass der Jahresabschluss und die anderen im Gesetz über gemeinnützige Vereinigungen genannten Unterlagen innerhalb von dreißig (30) Tagen nach der Genehmigung bei der Kanzlei des Gerichts erster Instanz hinterlegt werden, oder wenn die Gesetz erfordert also, die Belgische Nationalbank.

Kunst. 22 - Erstattung

(1) Der Rat kann beschließen, die Erstattung von Kosten in Verbindung mit Ämtern und Funktionen, die für den Verein erfüllt sind, zu gewähren, wenn die finanzielle Situation des Vereins dies zulässt. Dieser Beschluss wird auf der jährlichen Ratstagung zusammen mit der Verabschiedung des Haushaltsplans für das nächste Jahr gefasst.

(2) Der Verein erstattet nur die Reisekosten, Unterbringungskosten oder andere Kosten, die sich auf

jede Sitzung beziehen, unter Vorlage von Originalbelegen und Tickets. Die Originaltickets / Quittungen für jede Veranstaltung, einschließlich der Ratssitzungen, müssen vor dem letzten Februartag des Jahres nach der Veranstaltung an die PPEU-Geschäftsstelle geschickt werden. Nach diesem Datum kann keine Rückerstattung mehr verlangt werden.

Artikel 23 - Audit

(1) Wenn die Vereinigung nach den für sie geltenden Bestimmungen verpflichtet ist, die Prüfung der finanziellen Lage, des Jahresabschlusses und ihrer Ordnungsmäßigkeit aus der Sicht des Gesetzes über gemeinnützige Vereine und des Status der Transaktionen Die in der Jahresrechnung auszuweisenden Beträge werden einem oder mehreren Rechnungsprüfern übertragen, die vom Rat aus dem Kreis der Mitglieder des luxemburgischen Instituts der Wirtschaftsprüfer (Institut des réviseurs d'entreprises (IRE)) ernannt werden.

(2) Der Rat bestimmt die Anzahl der Rechnungsprüfer und deren Vergütung. Die Rechnungsprüfer werden für eine verlängerbare Amtszeit von drei Jahren ernannt. Der Rat kann jederzeit sein Mandat widerrufen, muss aber gleichzeitig neue Rechnungsprüfer bestellen. Ein Abschlussprüfer, der einen Abschlussprüfer bestellt, der während seiner Amtszeit zurückgetreten ist, schließt dessen Amtszeit ab.

(3) Die Revisionsstelle hat ein gesamtschuldnerisches unbeschränktes Recht, alle Geschäfte des Vereins zu prüfen. Sie können die Bücher, die Korrespondenz, die Protokolle und im Allgemeinen alle Dokumente des Vereins vor Ort besichtigen.

(4) Die Jahresabschlüsse des Vereins sind jährlich oder so oft zu prüfen, wie es das Gesetz erfordert.

Satzungsänderung und das Piratenmanifest und Entscheidungsprozess

Artikel 24 - Entscheidungsprozess

(1) Sofern in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, werden alle Beschlüsse des Rates oder des Vorstands mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.

(2) Alle Abstimmungen werden veröffentlicht und im Protokoll einer Sitzung veröffentlicht, einschließlich derjenigen für Wahlen. Sie müssen gegebenenfalls schriftlich erfolgen. Schriftliche Abstimmungen sind in der Regel für die Wahl von Vorstandsmitgliedern angemessen. Um die Anforderung einer schriftlichen Abstimmung zu erfüllen, genügt eine E-Mail oder ein Chat-Protokoll. Stimmenthaltungen werden nicht berücksichtigt.

Artikel 25 - Änderung der Satzung

(1) Vorschläge müssen schriftlich (elektronisch, schriftlich oder auf andere Weise) dem Vorstand vorgelegt werden, der sie den Mitgliedern des Rates mindestens vier Wochen vor der Sitzung, über die der Rat berät und entscheidet, zur Beratung übermittelt zu diesen Vorschlägen. Die vorgeschlagenen Satzungsänderungen müssen der Bekanntmachung der Sitzung des Rates beigefügt werden. Ein Verweis auf eine Website mit den vorgeschlagenen Statutenänderungen wäre ebenfalls ausreichend.

(2) Beschlüsse über Statutenänderungen können nur gefasst werden, wenn eine Anwesenheitsquote

von zwei Dritteln der anwesenden oder vertretenen stimmberechtigten Mitglieder besteht und mit doppelter Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen von zweien angenommen wird - Drittel der ordentlichen Mitglieder, die an der Abstimmung teilnehmen, ausgenommen Beschlüsse über die Grundsätze (Artikel 4) und die Ziele (Artikel 5), in denen die Zustimmung aller ordentlichen Mitglieder des Rates erforderlich ist.

(3) Jede Entscheidung zur Änderung der Satzung ist dem Gesellschaftsregister (RCSL) vorzulegen und entsprechend dem Gesetz zu veröffentlichen.

Artikel 26 - Änderung des Piratenmanifests

(1) Das Piratenmanifest vereint die identifizierten gemeinsamen Politiken der Mitgliedsparteien in einem Dokument, das die gemeinsamen Politiken der Vereinigung darstellt und ist ein wesentlicher Bestandteil dieser Statuten.

(2) Jede Änderung des Piratenmanifests erfolgt nach dem gleichen Verfahren wie in den Statuten.

Dauer und Auflösung

Artikel 27 - Dauer und Auflösung

(1) Der Verein wird auf unbestimmte Zeit gegründet.

(2) Der Verein wird nicht infolge des Todes, der Auflösung oder des Rücktritts eines Mitglieds aufgelöst, sofern die Anzahl der Mitglieder nicht weniger als fünf ordentliche Mitglieder beträgt.

(3) Für den Fall, dass die europäischen Rechtsvorschriften einen anderen rechtlichen Status für die politischen Parteien vorsehen und der Assoziationsrat beschließt, einen solchen Status anzunehmen, werden die finanziellen und sonstigen Vermögenswerte des Verbandes nach der Einstellung auf die neue juristische Person übertragen der Aktivitäten des Vereins.

(4) Außer im Fall der gerichtlichen Auflösung und der automatischen Auflösung aufgrund gesetzlicher Vorschriften kann die Vereinigung nur durch Beschluss des Rates gemäß Artikel 20 des Gesetzes über gemeinnützige Vereinigungen vorzeitig aufgelöst werden .

(5) Er kann mit einer Vier-Fünftel-Mehrheitsentscheidung des Rates mit einer Anwesenheitsquote von zwei Dritteln der anwesenden oder vertretenen stimmberechtigten Mitglieder aufgelöst werden. Wird die Quote nicht erreicht, wird eine neue Sitzung des Rates frühestens 15 Kalendertage nach der ersten Sitzung einberufen. Die zweite Ratstagung ist berechtigt, gültige Beschlüsse unabhängig von der Anzahl der anwesenden oder vertretenen stimmberechtigten Mitglieder zu fassen.

(6) Ab dem Moment, in dem die Entscheidung über die Auflösung getroffen wird, ist der Verein verpflichtet, jederzeit zu erwähnen, dass er "in Auflösung" ist.

(7) Im Falle der Auflösung des Vereins entscheidet der Rat mit einfacher Mehrheit der abgegebenen

Stimmen

a) Ernennung, Befugnisse und Vergütung der Liquidatoren,
b) die Methoden und Verfahren für die Liquidation des Vereins und
c) die Bestimmung, die dem Nettovermögen des Vereins zu geben ist. Das Nettovermögen des Vereins muss einem gemeinnützigen Zweck zugerechnet werden. Sie können unter den Mitgliedsparteien nach ihren finanziellen Beiträgen aufgeteilt werden.

(8) Alle diese Entscheidungen müssen gemäß dem Gesetz ordnungsgemäß eingereicht und veröffentlicht werden.

Übergangsbestimmungen

Artikel 28 - Übergangsklausel

(1) Innerhalb von sechs Monaten nach dem Tag, an dem die PPEU von der EU als politische Partei auf EU-Ebene anerkannt wird, tritt eine außerordentliche Konvention zusammen, um alle Gesetze zu revidieren und insbesondere neue Paragraphen zu erlassen

- a) Mitgliedsbeitrag und
- b) Abstimmungsschlüssel für den Rat.

(2) Auf der Versammlung haben Ordentliche Mitglieder das Recht, Delegierte mit Stimmrecht nach den geltenden Statuten zur Regelung der Stimmrechte im Rat zu entsenden.

(3) Wenn keine Einigung über eine Änderung erzielt werden kann, gilt weiterhin die aktuelle Regelung in den Statuten.

ANHÄNGE

Anhang A - Liste der offiziellen Übersetzungen des Vereinsnamens

Anhang B - Liste der ordentlichen und der beobachtenden Mitglieder

Die Mitgliederliste sollte bei der Geschäftsstelle hinterlegt werden.

Anhang C - Piratenmanifest